

Mein Redebeitrag zur heutigen aktuellen Stunde im Abgeordnetenhaus mit dem Titel „Zwei Jahre nach Hanau - gegen Rassismus und Diskriminierung, für ein Berlin für alle.“

Vor zwei Jahren hat ein Rassist am 19. Februar neun Menschen in Shishabars und einem Kiosk in Hanau ermordet. Er hat damit neun junge Menschen aus dem Leben gerissen. Menschen mit Träumen und Überzeugungen, mit Ideen und Hoffnungen, die sie nun nicht mehr verwirklichen können. Sie haben Familien und Freund:innen hinterlassen, in deren Herzen und Erinnerung sie weiterleben. Und auch wir werden sie niemals vergessen. Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu.

Wir haben viele rassistische Terroranschläge und Morde gesehen und sie haben sich schmerzlich in das kollektive Gedächtnis migrantischer Communities eingebrannt.

Mölln, Solingen und Rostock Lichtenhagen habe ich als Kind erlebt und die Angst die damals durch unsere Communities ging. Der Schock als die Mordserie des NSU-Komplexes aufgedeckt wurde. Halle und viele weitere

Aber dennoch Hanau war für mich persönlich - wie für Viele - ein Wendepunkt. Nach Hanau habe ich das erste Mal richtig Angst um meine Kinder gespürt, weil sie als „nicht deutsch“ gelesen werden und sich an migrantischen Orten aufhalten.

Hanau hat uns Angst gemacht, hat uns wütend gemacht und ich war froh gemeinsam mit anderen von Rassismus Betroffenen in Berlin zusammenzukommen und unsere Verzweiflung und Wut auf die Strasse und in die Öffentlichkeit zu tragen und uns mit den Angehörigen zu solidarisieren, so wie auch letzten Samstag in Berlin und bundesweit.

Hanau ist kein Einzelfall. Rassistische Morde passieren überall in Deutschland und sie passieren in einem gesellschaftlichen Klima, das die Gefahr von rechts zu oft verharmlost und in dem Rassismus zum Alltag vieler Menschen gehört.

Und überall in Deutschland wird nach nahezu jedem Anschlag offenbar: Wir haben ein Rassismusproblem in deutschen Sicherheitsbehörden, das wir endlich lösen müssen!

Nach den Morden des NSUs hat die Polizei statt in rechtsextrem Kreisen zu ermitteln das Umfeld der Opfer der Täterschaft und der Zugehörigkeit zu kriminellen Milieus verdächtigt und sie so erneut traumatisiert. Hätte sie das bei Opfern ohne Migrationsgeschichte auch getan?

Nach dem rassistischen Terroranschlag in Hanau führte die Polizei bei den Opferangehörigen Gefährderansprachen durch und behandelte sie so statt als Opfer wie Täter. Hätte sie das bei Opfern ohne Migrationsgeschichte auch getan?

In Neukölln gibt es eine jahrelange Anschlagsserie, der auch mein Freund und unser Kollege Ferat Kocak zum Anschlagopfer machte und auch hier kommen ständig neue Verbindungen der Sicherheitsbehörden in rechtsextreme Strukturen ans Licht, befasste Staatsanwälte entpuppen sich als AfD-Freunde, rechte Chatgruppen greifen um und mehr - und das sind nur die Dinge, die bisher an die Öffentlichkeit gekommen sind, was verborgen bleibt wissen wir nicht.

Und auch hier stellen sich quälende Fragen, warum wurde Ferat trotz Kenntnis des Verfassungsschutzes davon, dass ihn stadtbekannte Rechtsextreme verfolgten, nicht gewarnt? Immer wieder beobachten wir solche Vorkommnisse und das muss uns alle umtreiben.

Was hatte ein Verfassungsschutzbeamter im NSU-Komplex beim Tatort der Ermordung des Kasseler Halit Yozgat zu suchen? Welchen Beitrag haben V-Leute zu den Taten geleistet? Warum wurden Akten geschreddert, die Auskunft hätten geben können?

Warum war beim Anschlag in Hanau der Notausgang der Arena Bar gesperrt und die Polizei in der Tatnacht zunächst nicht erreichbar? Die Umstände und der Kontext, in dem die rassistischen Morde passiert sind, wurden immer noch nicht vollständig aufgeklärt. Bis heute erfolgte auch keine angemessene finanzielle und psychosoziale Unterstützung für die Angehörigen von offizieller Seite.

Zurecht fordern die Angehörigen und ihre Initiativen wie die „Initiative 19. Februar Hanau“ daher Aufklärung und Konsequenzen. Ihre Hoffnungen nach Aufklärung müssen durch den nun eingerichteten Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag erfüllt werden. Und auch in Berlin haben die Opfer der Neuköllner Anschlagsserie und antirassistische und antifaschistische Initiativen lange Druck für einen Untersuchungsausschuss gemacht. Als LINKE haben wir an ihrer Seite dafür gestritten und sind froh, dass er endlich kommt. Liebe Kolleg:innen, lassen Sie ihn uns zügig einrichten und schonungslos aufklären und nicht scheuen alle nötigen Konsequenzen zu ziehen!

Teil des Rassismusproblems sind neben staatlichen Einrichtungen und Behörden auch das gesellschaftliche Klima, in dem solche Anschläge stattfinden. Im Vorfeld des Anschlags in Hanau und auch im Hinblick auf den Berliner Bezirk Neukölln wurden stigmatisierende „Clandebatten“ geführt und migrantische Orte wie Shisha-Bars als kriminell markiert, obwohl sie häufig der einzige Rückzugsort für Jugendliche sind, die woanders nicht willkommen sind.

In der aktuellen Pandemie haben rechte Bewegungen und Erzählungen, Verschwörungstheorien, Antisemitismus und Rassismus weiter Zulauf erhalten und sind bis weit in die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft in Deutschland anschlussfähig.

Rassistische, antisemitische und antiziganistische Übergriffe sind bundesweit Alltag, wie auch der rassistische Übergriff auf die Berlinerin Dilan S. kürzlich gezeigt hat, bei dem die Polizei den Vorgang zunächst unrichtig darstellte und die rassistische Motivation der Angreifer nicht erwähnte. Sie selbst wurde so genötigt noch aus dem Krankenhaus heraus das klarzustellen, wie sie uns am Sonntag auf der Kundgebung erzählte. Die Polizei hat sich bis heute dafür nicht bei ihr entschuldigt. Das keine:r der Passant:innen der Jugendlichen versuchte zu helfen muss uns alarmieren.

Rassismus hat viele Gesichter und Formen. Serpil Unvar sagte mal in einem Interview: „Ferhats Probleme, der Rassismus in dieser Gesellschaft, fingen schon in der Schule an. Kinder wie er haben nicht die gleichen Chancen wie ihre weißen Mitschüler:innen. Sie sind hier geboren, sie gehen hier zur Schule und zur Arbeit, sie sterben hier. Sie sind wichtig für dieses Land. Aber sie fühlen sich wie Menschen zweiter Klasse, und das kann ich nicht akzeptieren.“
Das dürfen wir alle nicht akzeptieren!

Und deswegen müssen wir auch hier in Berlin alle öffentlichen Einrichtungen einer Prüfung und ehrlichen Analyse unterziehen – sei es bei der Polizei, der Ausländerbehörde, die sich in Berlin Landeseinwanderungsamt nennt oder in den Schulen. Es ist daher gut, dass die Koalition vereinbart hat eine Enquetekommission gegen Rassismus am Abgeordnetenhaus einzurichten. Daraus muss dann auch etwas folgen!

Ich sehe mich selbst und alle Abgeordneten, vor allem die der Regierungskoalition, ebenso wie alle Senatsmitglieder in der Pflicht alles dafür zu tun, damit solche Anschläge nicht mehr passieren. Damit rechte Netzwerke zerschlagen werden und wir nicht irgendwann auch in Berlin von großen Waffenfunden bei ehemaligen oder amtierenden Sicherheitsbeamten lesen müssen. Damit Neonazis endlich zur Verantwortung gezogen werden. Und damit struktureller Rassismus weder in der Gesellschaft noch in den Behörden und vor allem in den Sicherheitsbehörden endlich keinen Platz mehr hat!

Dazu mahnt uns auch die Erinnerung an Hanau!